

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Montag  
26. Januar 1925

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: S.M. 68, Cindencstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 282-293  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Berlin und Angeremondstraße  
Geschäftstage 9-5 Uhr  
Verleger: Hermann-Verlag GmbH  
Berlin S.M. 68, Cindencstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 2506-2507

## Albert Thomas über Washington. Deutschlands Zustimmung zum Achtstundentag-Abkommen.

Einer unserer Redakteure hatte mit dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, der sich in Berlin aufhielt, eine längere Unterredung. Unser Genosse fragte Albert Thomas insbesondere nach dem internationalen Stande der Ratifizierung des Abkommens von Washington. Die Ratifizierung durch das Deutsche Reich würde nicht unwesentlich beeinflusst werden durch die Ratifizierung in den anderen Ländern, insbesondere in Frankreich und England, aber auch Belgien.

Was Frankreich betrifft, antwortete Albert Thomas, so hat bekanntlich der Arbeitsminister der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, der die Ratifizierung des Abkommens von Washington ausspricht. Der Entwurf wird voraussichtlich im Februar nach Verabschiedung des gegenwärtig zur Beratung stehenden Budgets im Plenum verabschiedet werden.

Frage: Wird der Senat nicht Schwierigkeiten machen?  
Antwort: Ich glaube nicht. Und zwar deshalb nicht, weil die Vorlage die Klausel enthält, daß die Ratifizierung in Kraft tritt, wenn und sobald auch das Deutsche Reich das Abkommen ratifiziert. Diese Bindung halte ich für besonders glücklich. Die beiden Länder sind wirtschaftlich und kulturell eng miteinander verbunden, ganz unabhängig davon, ob diese Verbundenheit auf der einen oder der anderen Seite immer als wünschenswert angesehen worden ist. Wenn hierzu noch die soziale Verbundenheit tritt, so kann dies nur günstige und fruchtbare Folgen für die Beziehungen der beiden Länder haben.

Soweit England in Betracht kommt, so kann ich gegenwärtig keine bestimmten Erklärungen über die Absichten des englischen Kabinetts machen. Ich reise von hier nach London, um mich mit den zuständigen Mitgliedern des englischen Kabinetts über diese Frage zu unterhalten. Ich kann also dieser Unterhaltung nicht durch eine öffentliche Erklärung vorgreifen. Ich darf jedoch wohl daran erinnern, daß der Ministerpräsident Baldwin vor den letzten Parlamentswahlen in einer Rede in Swansea erklärt hat, daß der beste Schutz der englischen Industrie darin besteht, daß die Arbeit in den rückständigen Ländern geschützt ist. Ich kann weiter daran erinnern, daß das englische Kabinett in der Thronrede erklärt hat, daß die drei maritimen Abkommen dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt würden. Da diese Abkommen vom englischen Standpunkt gesehen besonders einschneidend sind, kann man aus dieser Ankündigung gewisse Schlüsse ziehen.

Was Belgien betrifft, führte Albert Thomas weiter aus, so kann man sagen, daß die Ratifizierung des Abkommens über den Achtstundentag durch Deutschland, England und Frankreich unvermeidlich auch die Ratifizierung durch Belgien zur Folge haben wird. Vor einigen Wochen hat der belgische Arbeitsminister in einem Artikel, der viel Aufsehen erregt hat, in der „Revue Belge“ erklärt, daß die soziale Politik Belgiens eine Politik der Ratifizierung sei.

Frage: Sind nicht in der letzten Zeit in Belgien gewisse Ausnahmen besonders in der Schuhindustrie gestattet worden?

Antwort: Solche Ausnahmen, wenn sie für eine bestimmte Industrie auf eine beschränkte Zeit gestattet werden, befinden sich durchaus in Übereinstimmung mit dem Artikel 6 des Abkommens von Washington. Und das ist in Belgien

der Fall. Im übrigen ist das belgische Gesetz über den Achtstundentag sehr streng und schon deshalb hat man in Belgien den Wunsch, daß das internationale Abkommen streng gehandhabt wird.

Wir fragten dann Albert Thomas, ob die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Internationalen Arbeitsamt, die manchmal zu wünschen übrig ließen, sich gebessert haben. Von deutscher Seite ist das Internationale Arbeitsamt insbesondere auch finanziell vernachlässigt worden, während man gleichzeitig Beschwerde führte über die Zurücksetzung Deutschlands in sprachlicher Beziehung und auch darüber, daß Deutschland im Internationalen Arbeitsamt nicht so vertreten sei, wie es seiner Bedeutung zukomme.

Antwort: Daraus kann ich nur erwidern, daß zu keinem Zeitpunkt zwischen dem Deutschen Reich und uns gespannte Beziehungen bestanden haben. Wir waren immer bestrebt, in Übereinstimmung mit den zuständigen deutschen Stellen zu handeln, um herzliche Beziehungen herzustellen. Wenn die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands Rückstände in der Beitragszahlung seinerzeit verursacht haben, so hat das niemals die Personalpolitik des Internationalen Arbeitsamtes beeinflusst. Wir sind dabei, die entsprechenden Lösungen zu finden im Geiste des herzlichsten Einverständnisses, in dem ich immer gehandelt habe. Es hat mich besonders gereut, eine freiwerdende Stelle eines Sektionschefs im Arbeitsamt vor kurzem mit einem Deutschen besetzen zu können. Im übrigen habe ich von dem Recht, das mir der Verwaltungsrat in sprachlicher Beziehung gab, zugunsten der deutschen Sprache den weitesten Gebrauch gemacht. Ich kann sagen, daß seit zwei Jahren in dieser Beziehung keinerlei Beschwerden von deutscher Seite zu meinen Ohren gekommen sind.

Ich wünsche selbst, daß die Beziehungen mit Deutschland noch einen viel größeren Umfang annehmen und daß Deutschland einen größeren und intensiveren Anteil an dem Leben und der Entwicklung des Internationalen Arbeitsamtes nehme. Wir sind weit davon entfernt, die Bedeutung Deutschlands zu verkennen. Das Deutsche Reich ist heute vielleicht mehr als jemals eine soziale Großmacht. Und deshalb habe ich den dringenden Wunsch, daß es entsprechend seiner Bedeutung an den Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes mitarbeitet.

Wir dankten den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes für seine Erklärungen und fragten schließlich nach seiner Ansicht über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

„Bei aller Freundschaft für den „Vorwärts“, erwiderte Genosse Albert Thomas, werden Sie ohne weiteres begreifen, daß mich meine Stellung zu einer gewissen Reserve verpflichtet. Ich kann jedoch sagen, daß mein Wunsch dahin geht, daß für Deutschland der Eintritt in den Völkerbund ermöglicht wird. Ich kann hinzufügen, daß heute alle Mächte den Wunsch haben, dem Deutschen Reich diesen Beitritt zu erleichtern. Ich bin überzeugt, daß der Artikel 16 des Völkerbundesvertrages keine Schwierigkeiten machen wird, den allseitigen Wunsch nach Deutschlands Beitritt, den ich auch hier in allen Kreisen gefunden habe, zu ermöglichen. Nach meinen Empfindungen sind wir auf dem Wege der Wiederherstellung der internationalen Stabilität der Beziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts.“

## Die preussische Krise.

### Pläne und Hoffnungen der Rechtsparteien.

Die knappe Zeitspanne bis zum Freitag wird von den Rechtsparteien zu fieberhafter Arbeit benützt. Sie wollen das Zentrum in der einen oder der anderen Form als Vorspann für die Bildung einer Rechtsregierung in Preußen benutzen. Der Wille der Rechtsparteien ist da, aber wie machen?

Auf alle Fälle legt der „Tag“ dem Zentrum den Gedanken eines Kabinetts nach dem Muster des Kabinetts Stegerwald mit entscheidendem Einfluß der Rechten nahe:

„Die Wahl des Abgeordneten Vorsch (Zentrum) zum Ministerpräsidenten würde, wie aus unverbindlichen Äußerungen entnommen werden kann, auch die Rechtsparteien unter der Voraussetzung unterstützen, daß Ministerpräsident Vorsch sein Ministerium hauptsächlich aus den Parteien der Rechten zusammensetzt.“

Indessen sind die Hoffnungen der Rechtsparteien auf eine solche Lösung recht gering. Die „Germania“ gibt ihnen die Ausschichtslosigkeit solcher Pläne deutlich zu verstehen. Sie erklärt der Rechten, daß die preussische Zentrumsfraktion ihre nächste Politik im Grundzüglichen so festgelegt habe, daß den Saboteuren der preussischen Aufbaupolitik hier keine grünen Halme wachsen könnten. „Trübsalige Hoffnungen“ ist diese fühlbare Abweisung überschrieben.

Ueber die Stellung der Preußenfraktion des Zentrums macht sich die Rechte deshalb zunächst wenig Hoffnungen. Ein Bericht der Telegraphen-Union meint, daß die Fraktion des Zentrums bei der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten am Freitag ihre einmal eingenommene ablehnende Haltung gegenüber den Bestrebungen der

Rechtsparteien nicht aufgeben könne. Selbst die unter der Führung des Abgeordneten Herold stehende alte, aus landwirtschaftlichen Kreisen sich zusammensetzende Opposition des rechten Flügels der Fraktion glaube, sich von der Wehrheit bei der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten nicht trennen zu können.

Angesichts dieser Sachlage hoffen die Rechtsparteien, durch eine Verschleppung der Krise mit all den üblen Begleiterscheinungen, die wir vom Reiche her bis zum Ekel kennen, die Zentrumsfraktion zu zermürben. Die Telegraphen-Union erzählt:

„Immerhin ist Aussicht vorhanden, daß bei klugem Entgegenkommen der Rechtsparteien sich aus diesen Kreisen (den Kreisen des rechten Zentrum um Herold Red. d. „V.“) noch einige Abgeordnete der Opposition der Abgeordneten v. Papen, Wönary und Roeding anschließen werden.“

Ohne das Zentrum können die alten Konservativen in Preußen nicht zur Macht gelangen. Ohne das Zentrum können sie die Etappe der Rechtsregierung auf dem Wege zum Dreiklassenpreußen nicht gewinnen. Geht es nicht mit dem Zentrum, so soll es auf Kosten des Zentrums gehen. Einestheils Liebeswerben, andernteils die drohende Faust. Liebe mich, oder ich zerhacke dir die Kommode.

Rechtstums in Finnland? Von den nun vollständig erwählten 300 Wahlmännern zur finnischen Präsidentschaft sind 69 Bauernpartei, 68 Sozialdemokraten, 35 Schwedische Volkspartei, 33 Finnische Fortschrittspartei, 79 Sozialdemokraten und 16 Kommunisten. Im Verlaufe zu den letzten Reichstagswahlen ergaben die Wahlen in Berlin für die Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Präsidentschaft findet am 16. Februar statt.

## Das kranke Mussolinien.

Eine verfrühte Illumination.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, im Januar 1925.

In vier Stunden hat die italienische Kammer ein neues Wahlgesetz angenommen, das vollständig mit dem bisher herrschenden Wahlssystem bricht. Trotzdem hat die Sache niemand ernstlich interessiert. Man hat in aller Schnelle gearbeitet, damit das Gesetz, wie angeordnet war, bis zum Samstagabend geliefert werden konnte. „Reinigkeiten“ sind weggefallen, wie das Recht bevorzugter Schichten auf mehrere Stimmen. Ruffoni erklärte: „Ich habe die faschistischen Korporationen geschaffen und weiß, daß man die Rechte der Arbeiter nicht vermindern kann“ und die Sache war abgehandelt. Daß ein Kandidat, nach englischem Muster, gewählt ist, sobald er keinen Gegenkandidaten hat, ist durchgegangen, obwohl die Kommunisten diese Bestimmung als Aufreizung zur Ermordung der Kandidaten bemängelt hatten. Als ob man gerade ermorden müsse, um einen zum Rücktritt zu zwingen! In dem früheren Gesetz mußte jeder Kandidat von 300 Wählern vorgeschlagen werden, und damals zerfiel ganz Italien in 15 Wahlkreise; das neue Gesetz fordert 400 Unterschriften, und die Zahl der Wahlkreise beträgt 560! Ohne Kandidaten zu ermorden, braucht man nur ein paar Dutzend der vorgeschlagenen Wähler durchzuprüfeln, ihre Häuser zu verbrennen oder sie auch nur arbeitslos zu machen; damit erzielt man auf dem Lande die „Kandidatur ohne Gegenkandidaten“, und das ganze macht nicht halb soviel Lärm wie die Ermordung der Kandidaten.

Aber wir wollen uns jeder kritischen Würdigung des neuen Gesetzes enthalten, das wahrscheinlich im Senat etwas wie eine Diskussion hervorgerufen wird. Hat es die Kammermehrheit nicht interessiert, hat es die öffentliche Meinung fast gelassen, so soll es uns auch nicht interessieren. Interessant ist heute gerade der Mangel an Interesse, die weitgehende Gleichgültigkeit gegenüber einem Gesetz, das in einem normalen Lande lebenswichtig wäre. Nichts beleuchtet die italienische Lage besser als gerade die Tatsache, daß heute das Wahlgesetz in Italien nicht lebenswichtig ist. Wenn die faschistische Regierung das Wahlrecht handhabt, mit ihrer Wille, mit ihrem Terror, mit ihrer Wahlmogelei, so ist das Wahlgesetz das gleichgültigste Ding der Welt.

Während der ganzen Wahldebatte hat Mussolini geschwiegen. Geredet haben für ihn Farinacci und Federzoni. Farinacci hat gegen die Balutakrisse die Verhaftung des Generaldirektors der „Banca Commerciale“ empfohlen, welche Anregung der im Sold einer Konkurrenzbank stehende „Messaggero“ mit Bomben aufgreift, hat Giolitti Mangel an politischem Verständnis vorgeworfen und hat schließlich erklärt, daß man, um die Regierung zu stürzen, die Institutionen des Staates mit Füßen treten muß, sich gegen die Miliz und gegen die Schwarzhemden stellen, die bereit sind, für Mussolini zu sterben. Federzoni vertrat als Minister des Innern die Auffassung, daß die Lebensnotwendigkeiten der Nation höher stehen als die Sätze der Verfassung. Läßt man die Gleichung gelten, daß Mussolini und sein Künzgel die Nation darstellen, so ist alles in Ordnung.

Mussolini hat sich auch von einem außerordentlichen Berichterstatter des „Daily Express“ interviewen lassen, dem er erklärt hat, Italien wäre „heute nicht unruhiger als irgend ein anderes Land Europas“. Das ist ganz unsere Ansicht, wenn man von den hausbackenen Faschistenkrawallen absteht, von denen der Erzbischof Maffi gesagt hat, daß er sie „als Bischof beweine, als Italiener über sie erröte“.

Wenn aber ein Land so ruhig ist, warum enthält man ihm dann alle Zeitungen vor, außer denen der herrschenden Partei, warum verbietet man seine Versammlungen, außer denen der herrschenden Partei, warum hebt man sein Koalitionsrecht auf, außer für die herrschende Partei? Wie vertritt sich die Energie im Niederklagen der Surrektion mit der ausdrücklichen Erklärung, daß diese Insurrektion nicht besteht?

Mussolini hat in seinen Ansichten nicht „feste Preise“. Vor kurzem unterbrach er einen Redner in der Kammer, um zu sagen, daß der Faschismus „alle Schichten der Bourgeoisie gegen sich“ hat; neuerdings erklärte er dem „Daily Express“: „Der Faschismus breitet sich aus. Man findet ihn nicht in den parlamentarischen Institutionen; man gehe aber in die Schulen, in die Theater, zu den Künstlern und in alle Zweige der Bourgeoisie, und man wird ihn finden.“

So wird uns der Faschismus einmal vorgebändigt als ein unwürdiges Produkt der Volksseele, schlicht, lauter und gottesläubig. „Gehen Sie auf das Land“, sagt der Minister des Innern einem Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“, „der Landmann ist glücklich. Er ist Faschist, denn er weiß, was er dem Faschismus schuldet, der ihm den Boden erhalten hat, den er in Mühsal bestellt.“ Neben diesem Faschismus, der mit Lämmern mielt und Gänseblümchen pflückt, haben wir den Faschismus des Uebermenschen, den man mit einem Abziehbild der Nietzsche'schen Theorien herzustellen hat, mit einigen Verschönerungen, wie sich das beim Abziehen ergehen kann. Nach ihm leht das „Impero“, dem die vier Stunden Wahlrechtsberatung schon zu viel sind.

„Wir sind leffert und enttäuscht, daß der Faschismus, nachdem er gehofft hatte, neuen Institutionen Leben zu verleihen, sich jeden Tag

wehr in die parlamentarische Rehe versängt... unsere Pflicht ist es, den Glauben an den integralen Faschismus wach zu erhalten, seinen Faschismus, der das Prinzip der Autorität, die Notwendigkeit der Aristokratie beachtet, den Faschismus, der gegen die französische Revolution steht, der die Diktatur wahrer Größe (sic!) hat und die Möglichkeiten der Welt herrscht."

In Erwartung dieser Welt Herrschaft, die ohne Zweifel beglückend sein wird, wollen wir von einem leider schnell erloschenen Glücksfunken berichten, der uns anfangs nur als niedliche Erfindung erschienen war, dessen Authentizität wir aber jetzt zu verbürgen vermögen. Die Sache hat sich am 3. Januar zugetragen, als die Kammer ihre Arbeiten wieder aufnahm. Eine Zeitung in Reggio Calabria erhielt die Nachricht, daß... Mussolini zurückgetreten sei. Das Blatt macht in gutem Glauben eine Extraausgabe. Die Bevölkerung stürzt sich auf die Straßen. Im Handumdrehen werden alle Häuser illuminiert, aus den Fenstern werden Flaggen ausgehängt. Es ist ein Jubel ohne gleichen! Eine Kommission von Bürgern begibt sich zum Präfecten, um der Freude der ganzen Stadt Ausdruck zu geben. Der Präfect ist bereit; er selbst hat keine Nachrichten, sagt nur verlegen, daß er als Beamter eben dem Staate diene, nicht diesem oder jenem Ministerium! Der Jubel war von kurzer Dauer. Die Freudennachricht wird dementiert, die Illumination erlischt, die Fahnen verschwinden.

Hoffentlich erlebt das „Impero“ mit seiner Welt Herrschaft nicht eine so bittere Enttäuschung wie an jenem Abend die Einwohner von Reggio Calabria. Um nicht noch Satz auf die Wunden zu streuen, hat man Sorge getragen, daß keine italienische Zeitung über den Fall berichten konnte. Es soll nicht unter die Leute kommen, daß der Faschismus außer der Möglichkeiten der Welt Herrschaft auch die so großer und warmer Volksbeglückung in sich birgt.

Wir wissen aus verschiedenen Interviews, daß der Landmann glücklich ist, das Land friedlich; wir wissen aus den Parlamentsberichten, daß die Regierung 300 gegen 33 Stimmen hat. Gegen das Sinken der Lira wird sicher die Verhaftung verschiedener Generaldirektoren von Banken nützlich sein, auch die Gründung einer faschistischen Bank wird, wenn nicht die öffentlichen, so doch manche Privatfinanzen sanieren. Mit diesem Glück und damit, daß Mussolini, wie Federzoni uns sagt, dem Lande die Religion wiedergegeben hat, bescheide man sich. Solch ein Freudentanzel, wie der in Reggio Calabria, ist gar nicht gut für die Nerven...

### Die unehrliche Hehe gegen Bartels und worauf sie beruht.

Die deutschnationale Presse hatte unmittelbar nach den letzten Abstimmungen im Reichstag eine wüste Hehe gegen den sozialdemokratischen Landtagspräsidenten, Genossen Friedrich Bartels, inszeniert und gegen ihn den Vorwurf des „Staatsstreiches“ erhoben. Allen voran konnte sich der jüdische Schriftsteller des antisemitischen „Völk-Anzeigers“, Siegfried Breslauer nicht genug entrüsten. Als Vorwand dieses Respektlosens diente folgender Text: Bei der letzten Abstimmung über den unehrlich gemeinten Vertrauensantrag der Deutschnationalen und Nationalen für die Regierung Braun hatten die Parteien der Weimarer Koalition den Saal geschlossen verlassen, um die Beschlussunfähigkeit des Hauses herbeizuführen. Dieses Resultat wurde erreicht, indem nur — angeblich — 223 Stimmgästel mit „Nein“ gegen 0 Stimmen mit „Ja“ abgegeben wurden. Da stellten sich aber Deutschnationale und Kommunisten auf den Standpunkt, daß der Präsident sowie ein demokratischer Schriftführer, die während dieser letzten Abstimmung im Präsidium saßen, hinzugezählt werden müßten, obwohl sie natürlich auch keine Stimmgästel abgegeben hatten.

Dieser Standpunkt der oppositionellen Radikalmänner widerspricht aber nicht nur der Geschäftsordnung des Landtags, die ausdrücklich vorsieht, daß nur der als anwesend zu betrachten sei, der einen Stimmgästel abgeben hat, sondern er steht auch

im Widerspruch zu einer von den Deutschnationalen selbst im vorletzten Reichstag herbeigeführten Entscheidung: Das war nach einer Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz, das die Deutschnationalen durch Abstimmungsüberweigerung zu Fall bringen wollten. Die Deutschnationalen blieben aber im Saal und erklärten sich für abwesend, weil lediglich die Zahlen in der amtlichen Abstimmungsliste für die Beschlussfähigkeit maßgebend seien. Es wurde ihnen damals recht gegeben. Jetzt natürlich vertritt die deutschnationale Presse mit heuchlerischer Leidenschaftlichkeit genau den entgegengesetzten Standpunkt und verlangt die Absetzung des Präsidenten Bartels.

Aber ganz abgesehen davon, war die Zahl von 223 Oppositionstimmen von vornherein etwas rätselhaft gewesen: Woher sollte die die Koalition Arkes-Campe-Pied-Bulle-Lodendorff, die es bis dahin fünfmal nur auf 221 Stimmen gebracht hatte, plötzlich 223 Stimmen erreicht haben? Eine offizielle Nachzählung der Stimmgästel hat die Lösung des Rätsels gebracht: Es haben bei dieser Abstimmung, wie wir wissen, unabsichtlich, ein deutschnationaler Abgeordneter und der Kommunist Heydemann je zwei Stimmgästel abgegeben! In Wirklichkeit hatten also die Oppositionsgegner auch diesmal nur ihre Höchstzahl von 221 aufgebracht, und selbst wenn man geschäftsordnungswidrig den Präsidenten und den Schriftführer hinzugezählt hätte, so wäre das Haus beschlussfähig gewesen; ja, es wäre es sogar mit 225 Stimmen geblieben, da zur Beschlussfähigkeit die Mehrheit der Abgeordneten plus 1 = 226 notwendig ist.

Selbstverständlich wird die Hehe gegen den Genossen Bartels deshalb nicht aufhören, und wir weisen sehr daran, daß der jüdisch-antisemitische Herr Breslauer es für nötig halten wird, den einfachen Tatbestand seinen Lesern nachdrücklich mitzuteilen. Schließlich hat er nicht ganz unrecht; denn die Befehle des „Völk-Anzeigers“ werden ihn doch nicht begreifen.

### Die Zentrumsarbeit. Wegen den Bürgerblockkurs.

Köln, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Beirat der Arbeiter-Zentrums wähler hielt am Sonntagabend in Köln eine gutbesuchte Versammlung ab. Redakteur Saupe sprach über die Vorgänge im Reich. Die Reichstagsabgeordneten Zoos und Gerig ergänzten aus ihrer genaueren Kenntnis der Dinge den Vortrag. Dann sprach Landtagsabg. Bergmann über die preussischen Verhältnisse, worauf eine lebhafte Diskussion einsetzte, die zur Annahme folgender Entschliessung führte: Die christliche Arbeiterschaft, soweit sie ihre politische Vertretung innerhalb der Zentrumsparterie findet, nimmt in ihrer Versammlung vom 25. Januar Stellung zu den politischen Ereignissen im Reich und in Preußen. Für die Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion bei der Regierungsbildung hat sie auch heute noch unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte wenig Verständnis. Sie sieht dem neuen Reichskabinett mit wachsamem Misstrauen gegenüber und erwartet seitens der Reichstagsfraktion diejenige feste Haltung, wie sie in der Fraktionserklärung durch Fehrenbach vorgezeichnet wurde.

Angehichts der Entwicklung im Reich ist eine Bürgerblockregierung in Preußen doppelt gefährlich, weil eine Scheidung des Volkes politische und wirtschaftliche Erschütterungen von unabwehrbarer Entwicklung befürchten läßt.

### Entschliessung des Zentrums.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums und die Fraktionsvorsitze des Reichstags und Landtags sowie die Vorsitzenden und Generalsekretäre der Landes- bzw. Provinzialverbände haben in einer gemeinsamen Tagung in Berlin unter Vorsitz des bisherigen Reichstanzlers Warg die politische Lage und die Haltung des Zentrums in der Reichstagsbesprechung. Referate hielten dabei Fehrenbach und Warg. Eine ausgiebige Aussprache schloß sich an. Sie soll, wie versichert wird, den Willen kundgegeben haben, „in einheitlicher Geschlossenheit die Kraft und Stärke der Partei zu erhalten und die Fortführung der bisher vom Zentrum im Interesse des deutschen Volkes und des Vaterlandes geführten Politik zu sichern.“

Einstimmig fand folgende Entschliessung Annahme: „Der im Reichstag verammelte Reichsparteivorstand des Zentrums sowie die Vorsitzenden der Landes- und Provinzialver-

bände und die Generalsekretäre der Partei billigen die vom Vorsitzenden der Zentrumsfraktion am 20. Januar zur Bildung des Kabinetts Luther im Reichstag abgegebene Erklärung.

Entsprechend dieser Erklärung ist die Versammlung überzeugt, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages und ihre Vertretung in der neuen Regierung an den Grundfragen und an der bisherigen politischen Linie des Zentrums unerschütterlich festhalten werden.“

Zur Regierungsbildung in Preußen soll offiziell in dieser Sitzung nicht Stellung genommen werden sein. Sie sei lediglich Gegenstand der Besprechung unter den einzelnen Vertretern gewesen.

### Matteotti-Prozess vor dem Senat?

Rom, 26. Januar. (WIV.) Nach einer Meldung der „Tribuna“ hat der Senat als Oberster Gerichtshof die Akten des Matteotti-Prozesses eingefordert. Es sei noch unbekannt, ob es sich um eine endgültige Abtretung dieser Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft wegen Unzuständigkeit oder um eine gewöhnliche Akteneinsicht für die Untersuchung wegen der Anzeige gegen Senator General de Bono handele.

In den Kreisen der Opposition hält man die Anforderung der Untersuchungsakten im Matteotti-Prozess für die Untersuchungskommission des Senats in Sachen de Bono für eine Begebenheit von größter Tragweite. Man glaubt, daß jetzt der Senat beschließen werde, den Matteotti-Prozess in seiner Gesamtheit an sich zu ziehen. In diesem Falle würden nach dem Senatreglement, wie man in Oppositionskreisen behauptet, sämtliche Senatoren, die von der jetzigen Regierung ernannt worden sind, an der Untersuchung und an dem Richterpruch nicht teilnehmen dürfen. Dadurch, daß der Senat den ganzen Prozess an sich ziehen würde, würde auch das Gericht, monach der Untersuchungsrichter im Matteotti-Prozess die Auffassung von einem unbeschäftigten Totschlag (!) betreffe und monach der ganze Matteotti-Prozess von Rom nach Cetara in den Marken verlegt werden sollte, keinerlei tatsächliche Unterlagen mehr haben.

### Die Nichträumungsnoten.

Wieder eine fällig.

Paris, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Petit Parisien“ erfährt von zuständiger Seite, daß in der Fertigstellung des endgültigen Berichts der Kontrollkommission eine Verzögerung eingetreten sei und er nicht vor Ende Februar der Sozialistenkongress vorgelegt werde. Die Verzögerung sei durch die Notwendigkeit, neue Kontrolloperationen in Deutschland vorzunehmen, hervorgerufen worden. Inzwischen werde aber die Sozialistenkongress den deutschen Protest vom 17. Januar mit einer Note beantworten, in der sie das bereits in der Note vom 5. Januar enthaltene Argument wiederaufnehmen werde, wonach eine vollständige Aufklärung der deutschen Verfehlungen, um die Streikern erlucht hat, erst nach Fertigstellung des endgültigen Kontrollberichts der deutschen Regierung gegeben werde. Auf die übrigen in der deutschen Note vorgebrachten Einwendungen werde sich die alliierte Antwort mit der Feststellung begnügen, daß die Alliierten die Ansichten der deutschen Regierung nicht zu teilen vermögen. Dieser Bescheid soll Dienstag, den 27. Januar, in Berlin übergeben werden.

### Frankreich will seine Rüstung behalten.

Paris, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die der amerikanischen Regierung zugesandene Absicht, eine neue Abrüstungskonferenz nach Washington einzuberufen, findet in Frankreich wenig Gegenliebe. Man befürchtet, daß Frankreich dort die Verpflichtung zu einer Reduktion seiner Armee auferlegt werden könne, unbedenklich um die Lösung des Sicherheitsproblems. Falls eine offizielle Einladung an die französische Regierung ergehen sollte, so wird sie, wie das „Petit Journal“ zu wissen glaubt, sich auf den von Herriot in Genf entwickelten Standpunkt berufen und sich ihre Antwort vorbehalten, bis der Völkerbund über das Genfer Protokoll endgültig Bescheid gegeben hat.

Da das britische Weltreich das Genfer Protokoll ablehnt, dürfte auch diese amerikanische Initiative wenig Aussicht haben — solange deutschnationale Korren verschiedener Fraktionen und in Zivil und Uniform dem französischen Militarismus ermöglichen, von einer deutschen Gefahr zu sein.

## Schicksal.

Von Armin L. Wegner.

Es war finster. Ich ging eine lange Strecke hinunter, an deren Seiten die Häuser wie verschlafen standen und deren Fenster gleich geschlossenen Augen im Dunkel lagen. Ich wußte nicht mehr, wie lange ich die Straße schon ging; aber ich hatte einen weiten Weg vor mir, und in Gedanken träumte ich von einem Ziele, das zu erreichen mir lohnend und löblich schien.

Die Nacht war unheimlich. In der Dunkelheit glitten Menschen wie schwarze Schatten an mir vorüber, Stimmen schwebten in der Luft, bald hier, bald dort, als wüßten sie unter mir aus der Erde empor. Der Boden, über den ich dahinschritt, war halpzig und uneben, zuweilen glaubte ich auf Steine zu treten, dann wieder schien es mir, als bewege sich etwas unter meinen Füßen. Ich achtete nicht darauf, bis die Erde glatt wurde, als wenn Schlamm darüber läge, und ich ausgleichend drohte. Ich versuchte langsam zu gehen, da ich in der Dunkelheit den Boden nicht erkennen konnte, und jedesmal, wenn ich mit den Füßen aufstieg, schien der Grund unter mir wie in Schmerzen zu schöhnen. Meine Blicke bemühten sich, die Dunkelheit zu durchspüren, als suchten sie in einer letzten Wand eine Spalte, durch die sie in das Licht dringen könnten... bis endlich der Tag aufkam und ein blauer Schein durch die Wolken hindurchschickend bis hinunter auf die Straße fiel.

Da sah ich es: eine rote zuckende Masse, Köpfe und Glieder von Menschen, aneinandergereiht wie die Steine einer Straße — das war der stöhnende Grund über den ich dahinschritt. Vor mir und an meiner Seite liefen andere Gestalten, gleich mir den Fuß auf die zuckenden Gesichter schend. Da waren einige, die trugen die Gewisheit von Siegern in den Augen und hielten das Haupt aufrecht, nicht achtend, daß ihnen Blut über die Fersen lief; so eilten sie weiter ohne sich umzuschauen. Aber andere waren da, und ihre Zahl schien größer zu sein... die beugten sich nieder zu den lebenden Augen und geöffneten Lippen unter sich. Sie konnten den schmerzlichen Ruf aus dem Mund der Zurückbleibenden nicht mehr hören, es schien, als wenn sie verhüten wollten, ihren Fuß auf diese Wangen zu setzen, und doch nicht Raum finden konnten, weiter zu schreiten. Die Arme streckten sie hinab, in Erbarmen, bis andere hinter ihnen herkommen und über sie hinwegführten, bis sie auf einmal in den Boden zu entschwinden schienen, und nur ihr blutiges Haupt zurückblieb, das sich einreichte in die Zahl der Gefallenen, über die der Fuß der Nachfolgenden achlos hinwegschritt.

Ich aber schwankte mit ihnen über diese rote Masse, aus der ohne Aufhören ein qualvolles Rufen an mein Ohr drang. „Was tat ich dir?“ schrie mir ein Mund entgegen. „Du roubst meine Jugend!“ schrie ein anderer. „Du tötest meine Keuschheit!“ schlichste ein dritter. Und ein vierter begann mich zu verspotten: „Du fällst!“ Und ein fünfter schrie: „Du hast dein Herz verloren... da liegt es!“

Ich fühlte, daß ich zu taumeln anfing und einen Halt suchte, in dessen es in den Häusern lebendig gemorden war, aus denen andere Gesichter auftauchten, bekannte und fremde, höhrende und sorgenvolle, ich fühlte, wie meine Knie schwankten und dieses Sühnen unter meinen Füßen mir die Befinnung nahm. Sollte auch ich mich zertreten lassen, von denen, die hinter mir heraufstamen?... Und ich dachte an jenes Ziel, das meine Gedanken gefesselt hielt mit der Angst und Verzweiflung eines Ertrinkenden, und tat mir Wachs in die Ohren, den Schmerzensschrei aus dem Munde der Gemarkarten nicht mehr zu hören, und taumelte weiter, zitternd, aber das Haupt erhoben...

Wann, wann endlich würde ich das Ende der Straße erreichen?

### Das Architektur-Museum.

Die Architektur, die Kunst der rhythmischen Raumgliederung, ist die Grundlage aller bildenden Künste. Und sie wird in unseren Tagen immer mehr zur Führerin. Das große Publikum aber steht ihr fern. Auf den Ausstellungen betrachtet man die Gemälde, wirft einen flüchtigen Blick auf die Plastiken und schiebt die Säle, die baukünstlerische Entwürfe und Modelle zeigen. Das ist ein Kennzeichen unserer noch immer kunstfremden Zeit: wo man nicht mit dem Verstande heran kann, da verlagert die Aufmerksamkeit. Ein Gemälde erzählt meist einige Elemente, die zur Not verständlich auszusagen werden können, der Rhythmus eines Architekturwerkes will empfunden sein. Raumrhythmische Empfinden aber läßt sich erwecken durch ernstes hingebendes Versetzen in Werte der Baukunst.

Wir haben in Berlin ein Architektur-Museum in den Räumen der Technischen Hochschule. Die Leitung des Museums hat jetzt beschlossen, fortlaufende Ausstellungen zu veranstalten, die einen Ueberblick über das Schaffen der modernen und älteren Architekten geben sollen. Hier ist also eine Gelegenheit geboten, den Sinn für baukünstlerische Werte zu wecken und zu kultivieren. Sonntag wurde die erste Ausstellung eröffnet. Sie zeigt Entwürfe und ausgeführte Bauten, Skizzen zu Bühnenbildern und Innendekorationen von Hans Poelzig. Dieser große Künstler steht zwar nicht auf dem vordersten Flügel der modernen Architektur, aber in seinem Schaffen verortet sich doch mit aller Deutlichkeit das Sehnen und Wollen der jungen Generation. Sein Stil ist dem romanischen wesenverwandt. Der rhythmische Rhythmus liegt weniger in der Linie oder der Fläche als in der Gliederung der Masse. Kraft, Wucht, Schwere, Innendäume, die in ihren gedungenen, oft fast gedrückten Formen an mittelalterliche Krypten erinnern. Und doch alles ganz neu, aus dem Geist unserer Zeit geboren. Reizung zum Phantastischen in märchenhaften Stalaktitenwölbungen und urweltlich zyklischen Ballungen. Monumentale Formsprache auch im nächsten Innendekoration. Dabei ein feinfühliges Eingliedern in die meist stoffremde Umgebung. So bei den Entwürfen der Börse und eines Hotels für Köln und des terrassenförmig ansteigenden Freudenlothsbaus für Konstantinopel, von Bananen einst als „Schreibmaschine“ verspottet.

Die Ausstellung, im dritten Stock des Hauptgebäudes der Hochschule, ist bis zum 7. März an den Wochentagen außer Sonntagen von 11—2 Uhr geöffnet; außerdem am Sonntag, den 15. Februar,

von 11—1 Uhr, wo eine Führung stattfinden wird. Man benutze die Gelegenheit. Aber nicht zu flüchtigem Besuch, sondern zu einfühlender Vertiefung. John Schilowski.

Drittes Festkonzert des Bezirksbildungsausschusses. Die Belung der Festkonzerte hatte sich diesmal ganz besonders angestrengt. Ein ganz seltener Programm wurde in der Birkhärmerle gegeben: Italienische, französische und englische Bekänge aus dem Spätmittelalter, die zur Neugeist, dänische und norwegische, am Schluß deutsche Volkslieder zogen da in ausgesprochenem Interpretation durch den Madrigalchor und die Sopranistin Rosa Hjorth-Sell an uns vorüber. Ein herrlicher Willenstrauch, der als „Simm-men der Bitter in Eldern“ auf das Eingende, niemals Trennende, deutlich hinweist. Und doch kein gefüllter Saal? Ein Fingerzeig für die Ursache gibt vielleicht die Tatsache, daß jeden Tag 80 000 Rekrutierungen für Radioanschluß vorliegen. Das sind Wodeerschreibungen, die vielleicht bald wieder der Vergangenheit angehören werden. Entwenden äußern sie sich sehr unangenehm. Der Madrigalchor unter Professor Karl Thiels Leitung hat, wie gewohnt, die ersten Genüsse. Strengster Stil und doch natürliches, freies Singen aus vollem Herzen heraus ist ja bei kaum einem Chor in dieser Vereinigung noch zu finden. Und doch fällt in lustigen Gefängen, wo die Höhe der Stimmen besonders stark beansprucht wird, jedem strengen Beobachter auf, daß der Sopran dringend einer Erneuerung bedarf. Bei dem Namen dieses einzigartigen Chores kann die Heranziehung jüngerer Kräfte sicherlich kaum einem ernstlichen Hindernis begegnen. Rosa Hjorth-Sell, die vielleicht nicht den fröhlichen Jugendglanz in ihrem kleinen metallischen Koloraturorgan hat, dürfte aber in technischer, musikalischer und geschmackvoller Beziehung in die vorderste Reihe gehören. Es ist sehr erfreulich, daß unser Bezirksbildungsausschuss so oft mit geschärftem Aug' und Ohr solche ganz unerdienten Blumen an das helle Tageslicht zieht. H. W.

Arbeitsbeschaffung für bildende Künstler. Die Vereinigten Staatskassen für freie und angewandte Kunst (vorm. Hochschule für die bildenden Künste und Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums) sehen in ihrem Unterrichtsplan eine Stellen- und Auftragsvermittlungsstelle vor, deren Stellung in den Händen eines hierfür bestimmten Verwaltungsbeamten liegt. Diese Einrichtung bezweckt, Anfragen über geeignete Kräfte für künstlerische Arbeiten (z. B. Bildwerke, Plastiken, Plakate, Plakaten, Buchschmuck, Dekoration usw.) zu befriedigen und Künstler den gewünschten Aufträgen zuzuführen. Retterisch erstreckt sich dieser Hochweis nicht auf das Gebiet der Schule allein, sondern wird sich ganz allgemein auf die freien schöpferischen Kräfte des Landes ausdehnen. Ferner wird versucht werden, den von der Schule abgehenden Malern, Bildhauern und Architekten im praktischen Leben eine wirtschaftliche Existenz nachzuweisen. Der Ausbau dieser Einrichtung, deren Anfänge bereits in der bisherigen Unterrichtsanstalt liegen, wurde wesentlich gefördert durch wiederholte Anträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bei den Haushaltsberatungen. Diesen Wünschen hat die Kunstverwaltung nun Folge geleistet.



